

GRÜNE Ahornweg 7 59348 Lüdinghausen

Ausschuss für Umwelt, Bauerschaften,  
Klima und Mobilität  
Herrn Vorsitzenden J. Borgmann  
Borg 2  
59348 Lüdinghausen

Lüdinghausen, 01.02.2021

## **Stromproduktion in Bürgerhand**

Sehr geehrter Herr Borgmann,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, das im Betreff genannte Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

### **Begründung:**

Bürgerbeteiligung bei der Stromproduktion auf der Basis Erneuerbarer Energien ist ein Erfolgskonzept. Auch in Lüdinghausen gibt es bereits seit vielen Jahren auf den Dächern von Ostwalschule und Sekundarschule eine sogenannte Bürgersolaranlage. Die Anlage wurde seinerzeit vollständig durch die Einlagen der rund 80 Gesellschafter\*innen (fast alle stammen aus Lüdinghausen) finanziert, die Stadt tritt als Verpächter der Dachflächen auf.

In den nächsten Jahren muss die Stadt ihr Engagement in Klimaschutzfragen signifikant steigern. Ein zentraler Baustein wird neben der effizienteren Nutzung von Energie die Stromerzeugung aus unerschöpflichen Energiequellen – also hier vor Ort vornehmlich Sonne und Wind – sein. An der Finanzierung sowie an dem Gewinn dieser Projekte sollten sich die Bürger\*innen beteiligen dürfen. Die Stadt sorgt dabei für den organisatorischen Rahmen. So steigt die Identifikation der Bürger\*innen mit dem Klimaschutzgedanken und zugleich wächst die Verbundenheit mit ihrer Stadt, die dieses Engagement in dieser Form erst ermöglicht.

In einem **ersten Schritt** geht es darum, mit (natürlich freiwilliger) finanzieller Beteiligung der Bürgerschaft **kurzfristig** (innerhalb der nächsten 12 bis 24 Monate) auf möglichst allen Dächern städtischer Immobilien Fotovoltaikanlagen zu installieren, sofern dies technisch und ästhetisch vertretbar ist.

**Mittelfristig** sollen auch weitere Flächen (private Dachflächen und Freiflächen) für Bürgerenergieprojekte unter mittelbarer oder unmittelbarer städtischer „Regie“ genutzt werden. Zudem sollen dann auch andere Energiewandlungsanlagen (etwa Wind) berücksichtigt werden.

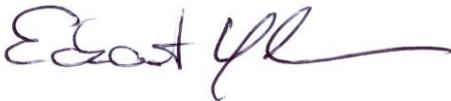
Vorab sollte durch die Verwaltung geprüft werden, in welcher rechtlichen Konstellation sich Bürgerenergieprojekte realisieren lassen und welche exakte Rolle die Stadt hierbei spielen kann und darf.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Formen der Bürger\*innen-Beteiligung bei der Produktion von Strom auf Basis Erneuerbarer Energien möglich sind. Im Fokus stehen hierbei zunächst solche Anlagen, die in, an oder auf städtischen Immobilien installiert werden können. In erster Linie dürften hier PV-Anlagen in Betracht kommen, prinzipiell wären aber andere Anlagen denkbar, etwa KWK-Anlagen, die mit nachwachsenden Rohstoffen (z.B. Biogas) betrieben werden.
2. Die Verwaltung prüft zudem, ob und wie sich auch Gebäude oder Liegenschaften von Dritten sich in ein solches städtisches Trägergesellschaftskonstrukt integrieren lassen könnten.

Die Prüfung sollte kurzfristig erfolgen, damit spätestens im nächsten Jahr die Umsetzungen der ersten Projekte erfolgreich abgeschlossen werden können und der erste saubere Strom dieser Gesellschaft „fließen“ kann.

Mit freundlichen Grüßen



Eckart Grundmann  
– Fraktionssprecher –



Dennis Sonne  
– Stadtverordneter –